

# Kommentare und Berichte

## Gesucht: Konservative Reformer

Die Spendenaffäre ist weitgehend zu Ende, der Fluss kehrt in sein altes Bett zurück. Die Wahlen in Schleswig-Holstein haben deutlich gemacht, dass die CDU ihre Wähler halten kann, wenn sie zusammensteht. Das wird – leider – auch Roland Koch nutzen. Er kann, wenn die hessische FDP nicht umfällt, die Affäre aussitzen. Als „konservative“ Integrationsfigur des hessischen Kampfverbandes wird er dringend gebraucht, nicht nur in Wiesbaden, auch in Berlin. Es mehren sich die Stimmen des „nun sei es genug“ und folglich wird sich nichts ändern. Den großen Ankündigungen werden kaum Taten folgen.

Schon warnen viele vor Schnellschüssen. Das ist sachlich bestimmt richtig und dennoch falsch. Denn beide großen Volksparteien haben die Spenden- und die Flugaffäre zu keiner Zeit als Moment der moralischen Erneuerung verstanden. Sie waren nur Instrument im Machtpoker – Aufklärung nicht als moralische Reinigung, sondern als kluger Akt der Selbstbehauptung. Und wenn Schnellschüsse nicht sein dürfen, wird sich nichts ändern. Man wird vorsichtiger umgehen mit Geld aus zweifelhaften Quellen und vielleicht auch die Selbstbedienungsmöglichkeiten bei öffentlichen Institutionen einschränken, aber eben ohne innere Überzeugung, getrieben von den Medien und einer von ihnen aufgebrauchten Öffentlichkeit.

Ein Neuanfang hätte nicht nur den Rücktritt des hessischen Ministerpräsidenten, sondern auch den Rückzug des Bundespräsidenten erfordert, nicht weil er gelogen hat, sondern weil er einem System vorstand, in dem zugunsten der regierenden Partei fast alles erlaubt ist. Wer immer noch an einem Sparverein festhält, in dem Kontrollierte und Kon-

trolleure zusammenwirken, ein Vorgang, der in jeder Privatbank zu personellen Konsequenzen geführt hätte, kann natürlich nicht verstehen, was die Kritiker wollen, was sie bewegt.

Die Parteien, die nach dem Grundgesetz an der politischen Willensbildung mitwirken, haben diese längst monopolisiert und ihre Macht weit in den vorpolitischen, gesellschaftlichen Raum ausgedehnt. Stadtwerke und Krankenkassen, Schulen, Gerichte, öffentliche Banken, Rundfunkanstalten, Verkehrsbetriebe, Forst- und Bauverwaltungen, Vereine und städtische Gesellschaften sind parteipolitisch dominiert und damit Teil jenes Systems, das immer mehr Geld braucht und das keineswegs nur ein System Kohl war. Berufspolitiker bis auf die kommunale Ebene herab erfinden im Falle eines „falschen“ Wählervotums immer neue Versorgungsposten und verstärken den Parteieinfluss gleich einer Riesenkrake, die alles umschlingt.

Und schon mehren sich wieder die Stimmen des „es geht nicht anders“, nur die Parteien könnten den Volkswillen mediatisieren und eine ordnungsgemäße Machtausübung garantieren. Alles andere sei deutsches Obrigkeitsdenken oder – noch schlimmer – vordemokratische Honoratiorenpolitik. Nur noch der politische Kampfverband sei in der Massengesellschaft in der Lage, Politik um- und durchzusetzen. Die Nachteile der Politisierung aller Lebensbereiche müsse man in Kauf nehmen. Die so argumentieren, sind die gleichen, die jeden einzelnen Vorschlag der Rückbildung des Parteieneinflusses als unpraktisch und weltfremd ablehnen.

Dabei gibt es viele Möglichkeiten, das Parteienmonopol einzuschränken. Weniger Geld würde zu ernsthaften Überlegungen führen, die Wahlkämpfe zu beschränken, vielleicht auch über den 16-Länder-Föderalismus ernsthaft nachzudenken. Die Amtszeitbegrenzung bei Spitzenämtern könnte die „déformation

professionelle“ der Spitzenpolitiker verhindern oder wenigstens mindern. Auch die Direktwahl des Bundespräsidenten böte eine Möglichkeit, das Parteienmonopol zu brechen. „Königliche Kommissionen“ aus Männern und Frauen ohne Parteiloyalität könnten mit ihren Vorschlägen den öffentlichen Druck auf Reformen verstärken und der bürgerlichen Unabhängigkeit wieder zu einem Sprachrohr verhelfen. Nachwahlen statt Nachrücken, eine Reduzierung der Listenabgeordneten auf die alte Relation von 40% und eine Senkung der 5%-Klausel auf 3% im Bund oder 5% je Land könnten den Zugang zur Macht erleichtern. Landesparlamente könnten so gestaltet werden, dass Mandat und Beruf nicht nur vereinbar, sondern diese Vereinbarkeit auch nützlich ist.

Der Berufspolitiker sollte in Kommunen und Ländern die Ausnahme (Minister und Bürgermeister) und nicht die Regel (alle Parlamentarier) sein. Der Einzelne und die freie bürgerliche Vereinigung müssten in Zukunft mindestens auf Kommunal- und Landesebene eine echte Chance zur politischen Mitwirkung erhalten. Volksabstimmungen sollten überlegt als Mittel der Willensbildung in den Ländern und eventuell auch im Bund in die Verfassungen aufgenommen werden.

#### *Gegen die revolutionäre Desintegration*

Dies alles sind *konservative* Gedanken, die den Institutionen des Staates ihren eigenen Wert zurückgeben und den Parteeinfluss begrenzen möchten. Die CDU müsste sich auf ihre zwar immer wieder ausgesprochenen aber nicht gelebten Überzeugungen von der Subsidiarität besinnen, um gerade jene zu gewinnen, die sich von den Parteien an den Rand der Gesellschaft gedrängt fühlen. Ein neues Gleichgewicht zwischen Bürger und Parteiorganisation ist nötig, bei dem sich beide ergänzen und nicht einer den anderen erdrückt.

Doch auch auf gesellschaftlichem und wirtschaftlichem Gebiet muss die CDU neue Akzente setzen. Globalisierung und Digitalisierung haben die Straußsche Formel vom Konservativen, der an der Spitze des Fortschritts marschiert, obsolet gemacht. Das Konservative und das Liberale sind sich in der neoliberalen Weltordnung wieder fremd geworden. Der Markt mag Wohlstand schaffen, aber er zerstört Werte, untergräbt Institutionen und ruiniert das Gleichgewicht zwischen Individuum und Gemeinschaft. Der Ausgleich muss politisch gefunden, er darf nicht dem Markt überlassen werden. Der digitale Kapitalismus ist nicht mehr bürgerlich-patriarchalisch, er ist ein Feind traditioneller Lebenswelten und Kulturen, aplaniert kleine Einheiten und überlässt dem Staat mit unzureichenden Mitteln den sozialen Ausgleich einer entgrenzten Gesellschaft. Damit ist er für den Konservativen heute als Gegner an die Stelle seiner Feindschaft zum zusammengebrochenen Kommunismus getreten, und der Konservative muss versuchen, dessen zerstörerischen Auswirkungen zu begrenzen.

Nicht, dass die Notwendigkeit von Reformen geaugnet werden soll. Wenn die deutsche Arbeitsbevölkerung abnimmt, kann das Rentensystem nicht in bisheriger Weise weiter funktionieren und wenn die steuerlichen Anreize für Investitionen in anderen Ländern interessanter sind als in Deutschland, führt kein Weg am Umbau des Steuersystems vorbei.

Der Unterschied zwischen konservativen Reformern und Globalisierern besteht im Ziel ihrer Bemühungen. Während der Globalisierer möglichst vieles ändern und dem Staat seine Wächterfunktion für den Zusammenhalt der Gesellschaft weitgehend entziehen möchte, getreu der Überzeugung von Margaret Thatcher, es gibt nur Einzelne, keine Gesellschaft, handeln konservative Reformen nach dem Grundsatz von Lampedusas Leopard: Es muss sich alles ändern, damit alles so bleibt, wie es ist.

Nicht die Delegitimation der alten Bundesrepublik ist ihr Ziel, sondern die Bewahrung einer Konsensgesellschaft unter den neuen weltwirtschaftlichen Bedingungen.

Während die Globalisierer den Schub nutzen möchten, um das Gleichgewicht der Gesellschaft in Richtung von mehr Leistung und weniger Egalität zu verschieben und dabei eine weitere Ausgrenzung des unteren Drittels der Gesellschaft in Kauf nehmen, bemühen sich die konservativen Reformer darum, den sozialen Standard der alten Bundesrepublik zu bewahren. Schließlich sind Besitzstände nicht des Teufels, sondern konservative Bollwerke gegen eine revolutionäre Desintegration. Deshalb ist es auch falsch, hier zwischen Werten und Strukturen zu unterscheiden und wie der Chefvolkswirt der Deutschen Bank im „Spiegel“ zu bekennen: „Wenn es um Werte geht, bin ich ein engagierter Bewahrer, wenn es um Strukturen geht, ein radikaler Zerstörer.“ Werte manifestieren sich in Strukturen und können ohne den Halt in Gesetzen und Institutionen nicht gedacht werden.

#### *CDU zwischen skeptisch und gnadenlos*

Es wird auf Dauer nicht möglich sein, eine Gesellschaft vor schweren Auseinandersetzungen zu bewahren, wenn die Abfindungssumme für einen Vorstandsvorsitzenden ebenso hoch ist wie die Mittel für den Sozialplan eines zu schließenden Werkes. Die Globalisierung kann nicht die soziale Marktwirtschaft ersetzen, vielmehr muss die soziale Marktwirtschaft neu bestimmt und der Marktrahmen vom Staat neu definiert werden.

In der Europapolitik ist nach den Sanktionen ohne Rechtsgrundlage gegen Österreich ebenfalls neues Denken erforderlich. Die EU muss erst einmal demokratisiert werden, ehe sie erweitert werden kann. Der konservati-

ve Grundsatz der Subsidiarität muss durchgesetzt, nicht nur in Wahl- und Festreden beschworen werden. Eher kein Europa als ein undemokratisches und bürokratisches. Nichts geht mehr, wenn es nicht anders geht. Was davon greift die CDU auf, und wie greift sie es auf? Der Parteitag im April sollte nicht nur zwischen Aufklärern und Traditionalisten, Kohlianern und Antikohlianern entscheiden, er sollte einen Vorsitzenden mit inhaltlicher Begründung küren. Frau Merkel steht für einen skeptischen Konservatismus, der sich der menschlichen Unvollkommenheiten bewusst ist und deshalb neu auftauchenden Gedanken wie der Globalisierungsmode misstraut. Auch „Hightech“ kann eine Schwärmerei sein, die öfter das Problem selbst als dessen Lösung ist. Rüge dürfte eher den pragmatischen Modernisierern eines liberalen Gesellschaftsmodells zuzurechnen sein als den Systemanalysten und Web-Designern. Rüttgers ist kaum einzuordnen, der Spagat in Nordrhein-Westfalen zwischen industrieller Vergangenheit und computerisierter Zukunft lassen ihn oft opportunistisch agieren. Biedenkopf ist ein traditioneller Modernisierer, der vieles ändern möchte, damit einiges so bleibt, wie es ist, und Roland Koch, wenn auch jetzt aussichtslos, ein gnadenloser Modernisierer, der den starken Staat einem allumfassenden Markt opfern möchte.

Die ostdeutsche Angela Merkel würde wohl am ehesten die Werte der alten Bundesrepublik bewahren, das würden wohl auch Rüge und Biedenkopf tun, allerdings stärker marktorientiert. Rüttgers ist auch hier ein unbeschriebenes Blatt. Es kann nicht mehr allein darum gehen, ob die Rente bezahlbar bleibt und welche Steuersätze Investitionen fördern, es muss auch darum gehen, wie viele Menschen an einer von ihnen als gerecht empfundenen Gesellschaft Anteil haben. Gesucht wird ein Vorsitzender, der dafür eine Vision hat.

Alexander Gauland